bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 05 | 28. Februar 2008

Rechte Szene 2

Neues Label gefragt
Nach dem jüngsten Wahldebakel diskutiert die rechtsextreme Szene darüber, ob NPD und DVU überhaupt im Westen Fuß fassen können.

Begehrtes Multitalent
Der frühere Bundesvize der Republikaner Björn Clemens versucht, einen neuen Kurs für die extreme Rechte insgesamt zu finden.

„Bomben-Holocaust"
Mehrere tausend Rechtextremisten beteiligten sich am diesjährigen „Trauermarsch" in Dresden – von der NPD-Führungsspitze waren auffällig wenige Mitglieder anwesend.

Gute Kontakte
Daten von Nazigegnern im Besitz der Erfurter NPD sorgen für Aufregung.

Prozesse 6

Arglistige Täuschung
Vermieter klagt „Thor Steinar"-Laden raus.

Bund und Länder 6

Vor dem Verbot
Schluss mit dem „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocaust".

Seitenblick 7

Ungeschönte Statistik
Rechtsextreme Delikte sind in Sachsen-Anhwalt wieder angestiegen.

Rezension 8

Der schleichende Wandel
Zunehmende Ressentiments gegenüber gesellschaftlichen „Randgruppen".

Antisemitismus 9

Chronik des Hasses
Der „blick nach rechts" dokumentiert antisemitische Vorfälle im zweiten Halbjahr 2007.

Meldungen 12

Rechte Szene

Neues Label gefragt

Nach dem jüngsten Wahldebakel diskutiert die rechtsextreme Szene darüber, ob NPD und DVU überhaupt im Westen Fuß fassen können.

Einen Tag, bevor die Wähler in Hamburg ihr Urteil sprachen, gab sich DVU-Spitzenkandidat Matthias Faust noch zuversichtlich, dass der Einzug in die Bürgerschaft gelingen werde: „Günstig wie nie zuvor“ stünden die Zeichen für die Volksunion. Natürlich hat der Wanderer zwischen den extrem rechten Welten, den es von den Republikanern zur NPD und von dort zur DVU zog, es besser gewusst. Auch die Meinungsumfragen im Vorfeld dürften ihm vermittelt haben, dass die Frey-Truppe zu keinem Zeitpunkt eine Chance hatte. Das Resultat am Abend des 24. Februar war niederschmetternd. Mit 0,8 Prozent wurde sogar das Minimalziel verfehlt: 1 Prozent, die zur Wahlkampfkostenerstattung berechtigt hätten.

Das Geld hätte die Partei gut gebrauchen können. Denn wie von der DVU gewohnt, betrieb man in den letzten Wochen einen aufwändigen Kampf um die Stimmen. Der Hamburger Neonazi Christian Worch, erstaunlicherweise einer der Unterstützer der DVU im Wahlkampf, spricht von einer „DVU-typischen Materialschlacht“ mit 600 000 Flugblättern, 20 000 Plakatschildern und 30 000 Wahl-DVDs. Worch: „Bei der verbreiteten Materialmenge muss man berücksichtigen, daß die DVU insgesamt in Hamburg fast so viel verbreitet hat wie kurz vorher die NPD in Niedersachsen, dass aber Niedersachsen rund fünfmal soviele Wähler hat wie Hamburg; auf die Relation zwischen Material und Wählern bezogen, hatte die DVU also etwa die vierfache Sättigung von dem, was die NPD im Flächenstaat Niedersachsen erreicht hat.“ Doch Zählbares sprang nicht heraus. Der DVU fehlte die lokale Verankerung. Und: Ihre Fußtruppen sind hoffnungslos überaltert. Auch ein Blick in den Saal bei der, so Faust, „fulminanten“ Wahlkampfveranstaltung am 17. Februar im Congress Center Hamburg verriet dies.

Erwartungsgemäß setzte nach der Wahl prompt wieder eine Diskussion darüber ein, wie sinnvoll der Deutschlandpakt zwischen NPD und DVU ist, aber auch darüber, ob es diesen Parteien überhaupt gelingen kann, im Westen der Republik einen Fuß auf den Boden zu bringen. In NPD-Kreisen dürfte einerseits das Scheitern der DVU mit nicht besonders großem Bedauern registriert worden sein. Eine Partei, die in einem wahlkampftechnisch leichter zu bearbeitenden Stadtstaat so schwach abschneidet, kann wohl keine weitergehenden Ansprüche an den Deutschlandpakt-Partner stellen. Andererseits: Auch die 0,9 beziehungsweise 1,5 Prozent, die die NPD im Januar in Hessen und Niedersachsen erreichte, bieten keinerlei Hinweis, dass die NPD auf absehbare Zeit im Westen zu größeren Sprüngen in der Lage sein wird.

Bleibt die Frage, was sich ändern muss. Manche meinen, es bräuchte im Westen ein neues, anderes Label, weil als NPD und DVU die Erfolglosigkeit vorprogrammiert ist. Andere meinen, der NS-Bezug und „sozialistische“ Parolen taugten nicht zwischen Hamburg und München. Wohl ungeplant und ungewollt, könnten die Kommunalwahlen am 2. März in Bayern einen Fingerzeig liefern. Jene, die nur am Label Anstoß nehmen, können sich in der Landeshauptstadt München an die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) halten: NPD pur, getarnt als „Bürgerinitiative“. Wer glaubt, dass der Wandel etwas tiefer gehen muss, kann sich an die „Bürgerbewegung pro München“ halten: Rechtsextremismus im Gewand des Rechtspopulismus. Beides extrem rechte Gruppierungen, aber mit Differenzen im Detail: Während die BIA beispielsweise ganz offen den Schulterschluss mit „freien“ Neonazis sucht, bemüht sich „pro München“ um Bürgerlichkeit und Abgrenzung zu „späthitleristischen Organisationen“ und versucht sogar, in Gewässern zu fischen, an die sich Rechtsextremisten für gewöhnlich gar nicht trauen – bis hin zur, einen Tag später wieder gestoppten, Werbung um die Stimmen Homosexueller.

Gänzlich unbeeindruckt von diesen Diskussionen gibt sich die bayerische NPD. Die freut sich, in allen 91 Wahlkreisen seien Direktkandidaten für die Landtagswahl im September nominiert worden – bisher sei dies noch nie erreicht worden. Sascha Roßmüller, stellvertretender Landes- und Bundesvorsitzender, delirierte: „Herr Huber kann sich schon mal mit dem Gedanken anfreunden, den Stab im September an uns zu übergeben.“ Aber ähnliche Tagträume hatte ja auch DVU-Faust noch am Vorabend der Hamburg-Wahl.

Tomas Sager

Begehrtes Multitalent

Der frühere Bundesvize der Republikaner Björn Clemens versucht, einen neuen Kurs für die extreme Rechte insgesamt zu finden.

Mit den Worten, die Republikaner seien ein „Totenschiff" und er selbst fühle sich „noch zu jung zum Sterben", hatte sich Björn Clemens Anfang 2007 von seiner alten Partei verabschiedet. Zweimal hatte er beim Kampf um die Parteispitze gegen REP-Chef Rolf Schlierer den Kürzeren gezogen. Dessen Kurs setzte sich durch: Betonung der Verfassungstreue und Absage an jede Annäherung an NPD und DVU. Clemens verließ das „Totenschiff" – und tanzt seither als Multitalent auf vielen Hochzeiten: als einer, der das Gemeinsame der verschiedenen Gruppen der extremen Rechten in den Vordergrund stellt, als Jurist, „Satiriker" und sogar als „Dichter".

Nachdem der Düsseldorfer Rechtsanwalt im vorigen Jahr vorübergehend seine Zuneigung zu den in Nordrhein-Westfalen entstehenden „pro"-Gruppen entdeckt hatte, fühlt er sich inzwischen noch weiter rechts wohler. Für die NPD ist Clemens ein Ex-Republikaner ganz nach ihrem Geschmack – eloquent, wenn er mag, promoviert und ohne Berührungsängste. Beinahe logisch erschien es da, dass die sächsische NPD-Fraktion im Sommer 2007 Clemens als ihren „Sachverständigen" für eine von der Apfel-Truppe beantragte Anhörung zur „Verfassungsrechtlichen Überprüfung der Bundes- und Landesförderung von Projekten des so genannten Kampfes gegen Rechts" nominierte. Der rechtsextreme Jurist lieferte ab, was von ihm erwartet wurde: Jener Kampf gegen Rechts sei, soweit er staatlich unterstützt wird, verfassungswidrig. Arne Schimmer, Pressesprecher der Fraktion, freute sich, dass ein wenig Glanz auf die ansonsten eher dumpfe Fraktion fiel, und begeisterte sich in der „Deutschen Stimme" über Clemens' „fulminante geistes- und rechtsgeschichtliche Betrachtung".

Aber Clemens kann auch direkt zur Sache kommen. So wie bei der „Jahresauftaktveranstaltung" der Sachsen-NPD am 26. Januar 2008, bei der er – dem Bericht der NPD zufolge – die „Bomben-Holocaust"-Rede von Jürgen Gansel aus dem Jahr 2005 als eine „der größten parlamentarischen Taten, die wir seit 1945 erlebt haben", feierte. So groß ist inzwischen der Respekt vor dem immer weiter nach rechtsaußen strebenden Juristen, dass er sogar bei der Neonazi-Demonstration am 16. Februar in Dresden am Rednerpult stehen durfte. Von einem „gezielten und bewussten Bomben-Holocaust" und vom 8. Mai als „Tag der Knechtschaft" schwadronierte Clemens vor den knapp 5000 Zuhörern.

Clemens, der auf seiner Homepage auch Gedichte aus der eigenen Feder veröffentlicht, beherrscht ganz viele Tonlagen, von der rechtsextremen Polemik bis hin zur scheinintellektuellen Herleitung. Letzteres macht sich gut in den Kreisen der überalterten DVU-Mitgliedschaft. Im Juli 2007 referierte er bei der DVU Kaufbeuren über den „geistigen Zustand der heute in der Bundesrepublik bestimmenden politischen Klasse". Heine zitierte er, Kleist und Gustave Le Bon, den Autor von „Psychologie der Massen". Heraus kommt aber stets Rechtsextremes. Den Deutschen attestiert Clemens einen „Kult mit der Schuld": „Vergib uns unser Deutschtum, wie auch wir verleugnen unser Volk und Land und führe uns nicht in die Freiheit, sondern erhalte uns in der Knechtschaft!" Auch die DVU mag Clemens inzwischen so sehr, dass sie ihn beim Berliner Landesparteitag Ende Januar 2008 gar als Ehrengast „begeistert empfängt".

Clemens macht es längst nichts mehr aus, dass er beispielsweise beim „Freiheitlichen Kongress" des NPD-Blatts „Deutsche Stimme" im November 2007 gemeinsam mit dem Holocaust-Leugner Udo Walendy, Hajo Herrmann, einem der bekanntesten noch lebenden Vertreter der NS-„Erlebnisgeneration", oder dem Heß-Weißwäscher Olaf Rose auftritt. Dass er auch keine Probleme damit hat, als „Satiriker" einen Abend mit dem Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke zu gestalten, wie bei der NPD Neu-Ulm/Günzburg geschehen, überrascht nicht.

Und ebenso wenig überrascht, dass Clemens mit dabei ist, wenn europäische Rechtsextremisten die deutsche Rechtsaußenszene an einen Tisch holen. Als der EU-Abgeordnete der FPÖ Andreas Mölzer im vorigen Herbst diesen Versuch unternahm, gehörte Clemens neben Funktionären von NPD, DVU, REP und „pro" zu den Eingeladenen. Das „Totenschiff" Republikaner hat er verlassen, den Versuch, einen neuen Kurs für die extreme Rechte insgesamt zu finden, hat er nicht aufgegeben.

Tomas Sager

„Bomben-Holocaust“

Mehrere tausend Rechtextremisten beteiligten sich am diesjährigen „Trauermarsch“ in Dresden – von der NPD-Führungsspitze waren auffällig wenige Mitglieder anwesend.

Nur langsam schob sich der über einen Kilometer lange „Trauerzug“ der Neonazis durch die geschichtsträchtige Dresdener Altstadt. Zwischen Zwinger und neu errichteter Frauenkirche kam es immer wieder zu Verzögerungen, auch durch Blockaden von Nazigegnern vor der Spitze des Aufzuges. Insgesamt hielt sich der Gegenprotest allerdings in Grenzen. Weitestgehend ungestört konnten die knapp 5000 Rechtsextremisten, angeführt von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) am Samstag, den 16. Februar 2008 ihre Demonstration zur Bombardierung Dresdens durchführen. Drei Tage zuvor hatte das neonazistische „Bündnis gegen das Vergessen“ aus Dresden bereits einen abendlichen Fackelmarsch mit dem NPD-Mitarbeiter und Historiker Olaf Rose als Hauptredner durchgeführt.

Zum Pflichttermin der Szene am Samstag reisten dann Neonazis mit Bussen aus der gesamten Republik an, unter ihnen in diesem Jahr auffällig viele junge Frauen. Das Erscheinungsbild gerade beim traditionellen Dresden-Aufmarsch veränderte sich seit Jahren zunehmend. Die Dominanz neonazistischer Skinheads wurde immer mehr durch das neuerliche Zusammenspiel von eher bürgerlich auftretenden Neonazis und Autonomen Nationalisten ersetzt. Glatzköpfige Skins, Vermummte mit Sonnenbrillen und Scheitelträger in Mänteln oder dunklen Jack Wolfskin-Anoraks sind Varianten des neuen Lifestyle.

Im Verhältnis zu anderen NPD-Demonstrationen beteiligen sich am Aufmarsch gegen den so genannten „Bomben-Holocaust“ in Dresden auch weitaus mehr ältere Sympathisanten. Kontrolliert vom Ordnungsdienst der NPD und vom „Selbstschutz Deutschland“ aus Sachsen-Anhalt ging es weit disziplinierter zu als in den Vorjahren. Dennoch gab es immer wieder aggressive Zwischenfälle.

Die Rednerliste war 2008 kurz gehalten. Nach der Begrüßung durch den sächsischen Landesvorsitzenden der JLO, Kai Pfürstinger, sowie einer musikalischen Ansage des NPD-Bundesvorstandsmitglieds und Liedermachers Jörg Hähnel, sprach als Hauptredner Rechtsanwalt Björn Clemens aus Düsseldorf. Der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner plädiert seit Jahren für eine Kooperation zwischen REP und NPD. In Dresden wetterte Clemens in NPD-Manier gegen die Bombardierung der Stadt durch die britische Luftwaffe. „Steingewordene deutsche Geschichte“ sollte „pulverisiert“ werden, so Clemens. Immer wieder beleidigte er die heutigen Verantwortlichen in der Politik als „charakterliche Gartenzwerge“, die sich benähmen „wie die Axt im Walde“ oder „eine offene Hose“. Ausgerechnet den kritischen jüdischen Schriftsteller Heinrich Heine legte er seinen neonazistischen Zuhörern ans Herz, „Lest es nur mal!“, rief er, Heine und Fichte die „Klassiker neuerer Geistesgeschichte“.

„Befreiung à la Demokratie“

Von der Bundesspitze der NPD waren auffällig wenige Mitglieder anwesend. Udo Voigt und Peter Marx fehlten seit Jahren zum ersten Mal. Einzig die Landtagsfraktion aus Sachsen und deren Mitarbeiter war fast vollständig vertreten. Holger Apfel trat mit Gattin ans Transparent. Neben ihm die NPD-Abgeordneten Alexander Delle, Ulrich Pätzold, René Despang und Gitta Schüßler. Tierarzt und Landtagspolitiker Johannes Müller reihte sich weiter hinten mit ein.

In Achterreihen aufgestellt setzte sich der Zug um 14.45 Uhr in Bewegung. Anders als in den Vorjahren äußerte sich die Radikalität der Demonstration weniger durch Ausfälle und Angriffe gegen Journalisten oder Gegendemonstranten, als eher durch scharfe neonazistische Botschaften auf den Transparenten und Spruchbändern. „1945 Dresden – „Befreiung à la Demokratie“ hatten die Anhänger des „Nationalen Beobachters“ aus Wernigerode auf ihr blaues Transparent gemalt. Auf einem anderen stand: „1918-48 – 30 Jahre Völkermord an Deutschen – ungesühnt“. Künstlerisch ins Zeug gelegt hatten sich Neonazis, deren Spruchband das Konterfei Churchills zeigte, unterlegt mit der Parole: „Mord war ihr Mittel – Dresden das Ziel!“ Die völkisch-nationalistische „Heimattreue Deutsche Jugend“ war mit einem eigenen Block vertreten, unter ihnen Denis Schauer und Jörg Hähnel von der „Einheit Preussen“. Mit ihnen liefen die ehemaligen Anhänger der Wiking-Jugend“ Hans

und Edda Schmidt aus Bisingen, die vorher freudig begrüßt worden waren. Auch der „Ring Nationaler Frauen“ war mit einem Mini-Transparent vertreten.

Aus Süddeutschland kamen neben anderen die Kameradschaften Cham und Kronach sowie die NPD aus Fürth mit Spruchbändern. Die Blöcke des „Nationalen Bündnis Dresden“ waren ebenso stark vertreten wie das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“. Die „Freien Kräfte Südthüringen“ warben mit dem Spruch: „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu“. Diese Zeile stammt aus einem Volkslied von Max von Schenkendorf, welches in der NS-Zeit als „Treuelied der SS“ bekannt war. Weiterhin waren aus Thüringen einzig die „KS Zehla-Mehlis“ und Fahnenträger aus Arnstadt gekommen. Auch hier schienen einige der NPD-Anführer zu fehlen.

Ganz vorne lief eine „Rechte Aktions-Front“ aus dem Vogtland mit. Deren Homepage „Recht und Ordnung“ wird mit dem Bild einer Waffe eröffnet. Die Schweriner NPD-Landtagsabgeordneten Udo Pastörs und Stefan Köster hatten sich in den Reihen der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (MAF) und dem „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ (SNBP) unter Führung von Tino Müller eingeordnet. NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff hielt während des Schweigemarsches einen Plausch mit vier russlanddeutschen Aktivisten ab. Aus Dänemark, Tschechien, Niederlande, Großbritannien und Spanien waren Rechtsextremisten angereist. Viele ehemalige Kameradschaftsgruppen warben unter einem gemeinsamen Logo mit den jeweiligen NPD-Regionalverbänden. Mit Spruchbändern waren zudem Neonazis aus Eckernförde, Rieseby, Aachener Land, Kassel, dem Rheinland, Brandenburg, Ostsachsen, Magdeburg, Rhein-Neckar, Leipzig, der Lausitz, Hoyerswerda, Osnabrück und Vechta vertreten. Das Ende des Trauerzuges bildete ein mitgliederstarker Block „Autonomer Nationalisten“ unter anderem aus Nordrhein-Westfalen, Berlin und Brandenburg.

Mit der Diszplin vieler Teilnehmer ging es allerdings zur Neige, als Udo Pastörs seinen langatmigen Schlussvortrag hielt. Gähnend und frierend verließen immer mehr von ihnen den von der Polizei umstellten Platz.

Andrea Röpke

Gute Kontakte

Daten von Nazigegnern im Besitz der Erfurter NPD sorgen für Aufregung.

Gegen Dorothee Wolf ermittelt zur Zeit die Erfurter Staatsanwaltschaft wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch und Vereitelung einer Versammlung. Die Erfurter Jugendsekretärin der IG Metall und ein weiterer Gewerkschafter, der nicht namentlich genannt werden will, wurden vom thüringischen NPD-Landesvorsitzenden Frank Schwerdt persönlich angezeigt. Wolf und ihr Kollege sind den Rechtsextremisten schon länger ein Dorn im Auge. Die beiden Gewerkschafter hatten sich am 1. Mai 2007 bereit erklärt, eine Spontankundgebung gegen einen Aufmarsch von NPD und Freien Kameradschaften in Erfurt anzumelden. Die Polizei lehnte die Genehmigung mit der Begründung ab, dass die zeitlich vorher eingereichte Anmeldung der NPD-Demonstration Vorrang habe. Das juristische Vorgehen gegen die beiden Gewerkschafter wird als Retourkutsche der NPD und als Versuch der Einschüchterung gewertet. Der Erfurter DGB fordert die Einstellung des Verfahrens.

Darüber hinaus verlangt Wolf von der Erfurter Staatsanwaltschaft Auskunft, wie Schwerdt an ihre Daten gekommen ist. Bisher habe sie aber noch keine Antwort bekommen, erklärte Wolf gegenüber bnr.de. Der Sprecher der Erfurter Staatsanwaltschaft Hanns Grünsein wies die Vermutung zurück, dass die Daten über eine undichte Stelle im Erfurter Ordnungsamt an die Rechtsextremisten weiter gegeben werden. Schon im Oktober 2007 waren auf der Homepage der Erfurter NPD die Adressen von elf Nazigegnern aufgeführt, die an einer Demonstranten gegen eine rechte Szenekneipe teilgenommen hatten. Gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg deutete der Erfurter NPD-Kreisvorsitzende Kai-Uwe Trinkaus in einer am 22. November 2007 ausgestrahlten Sendung gute Kontakten zu Behörden an. Zunächst wollte er eine Frage nach seiner Quelle für die Daten der Nazigegner nicht kommentieren. Als die Journalisten nachbohrten und fragten, ob die guten Beziehungen zu städtischen Stellen gefährdet würden, wenn er die Quellen offen legte, antwortete Trinkaus: „Wenn Sie es so formulieren wollen?“.

Peter Nowak

Prozesse

Arglistige Täuschung

Vermieter klagt „Thor Steinar"-Laden raus.

Der „Thor Steinar"-Laden im Magdeburger Hundertwasserhaus muss schließen. So lautet das Urteil im Rechtsstreit um den Szeneladen „Narvik". Das Urteil gegen Uwe Meusel, der Bekleidung der bei Rechtsextremen und Neonazis beliebten Marke „Thor Steinar" nicht nur verkauft, sondern in Brandenburg auch produziert, ist noch nicht rechtskräftig. Meusel kann Berufung einlegen.

In seiner Urteilsbegründung ließ es der Vorsitzende Richter der 5. Zivilkammer am Magdeburger Landgericht, Thomas Burger, an Deutlichkeit nicht fehlen. Meusel habe sich den Mietvertrag für das Ladenlokal im Magdeburger Hundertwasserhaus durch arglistige Täuschung erschlichen. Das Siedlungswerk St. Gertrud, das das Hundertwasserhaus verwaltet, habe zwar im Rahmen der Mietverhandlungen eine Sortimentsliste angefordert, die Meusel auch geliefert habe. In dieser Liste seien aber nur Sommer- und Winterkollektionen sowie wechselnde Zwischenkollektionen angeführt worden. Geradezu akribisch habe Meusel dabei in dieser Liste zudem Bekleidungsstücke und Accessoires von Jeans über Taschen bis hin zur Badehose aufgeführt, insgesamt aber „vergessen" zu erwähnen, dass das gesamte Warensortiment der Marke „Thor Steinar" entstammt.

„Das hätte der potenzielle Mieter aber unbedingt tun müssen, denn natürlich wusste er, dass in der Öffentlichkeit diese Marke mit Bezug zur rechtsextremen Szene wahrgenommen wird", sagte Richter Burger. „Unabhängig davon, ob die Marke tatsächlich auch nur von Angehörigen der rechtsextremen Szene getragen wird." „Thor Steinar" werde nicht zuletzt auf Grund verschiedener strafrechtlicher Ermittlungsverfahren in der Vergangenheit in der öffentlichen Wahrnehmung und der allgemeinen Wertschätzung eindeutig belastet. „St. Gertrud hätte das Geschäft nicht an die ‚Uwe Meusel Factory' vermietet, wenn bekannt gewesen wäre, dass dort eine Marke verkauft wird, die auch nur im Geruch steht, eine NS-Marke zu sein", zog Burger sein abschließendes Fazit.

Eberhard Löblich

Bund und Länder

Vor dem Verbot

Schluss mit dem „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocaust".

Medienangaben zufolge soll der in Berlin ansässige rechtsextreme „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten" (VRBHV) vor einem Verbot durch den Bundesminister des Inneren stehen. Der am 9. November 2003 in der rechtsextremen Schulungsstätte Collegium Humanum im nordrhein-westfälischen Vlotho auf Initiative des notorischen Antisemiten Horst Mahler gegründete Verein führt einen „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocaust". Ziel des Vereins ist es, holocaustleugnende Ansichten in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und Holocaust-Leugnern bei allfälligen Strafverfahren oder Verurteilungen rechtlich und finanziell beizustehen. Zugegen bei der Gründung waren laut einem internen Schreiben des VRBHV, das bnr.de vorliegt, „40 revisionistisch tätige Persönlichkeiten". Autor des Schreibens ist Bernhard S. Arnhold, vormals Bundesgeschäftsführer des Christlich-Konservativen Deutschland-Forums (CKDF).

Als Vorsitzender des VRBHV amtiert der Schweizer Bernhard Schaub. Schaub wurde zuletzt vom Amtsgericht Dorneck-Thierstein am 13. November 2007 wegen Verstoßes gegen das Antirassismusgesetz unter anderem zu einer Freiheitsstrafe von 80 Tagen auf Bewährung verurteilt. In einem von ihm vertriebenen Flugblatt hatte Schaub behauptet, dass Auschwitz nur ein Arbeitslager, kein Vernichtungslager gewesen sei. Zyklon B soll laut Schaub nicht für die industriell betriebenen Massenmorde an den Juden, sondern lediglich zur Entlausung eingesetzt worden sein. Im Dezember 2006 schwadronierte Schaub auf der Konferenz der Holocaust-Leugner in Teheran über die „Lüge von den sechs Millionen vergasten Juden" und betrachtete „es als ein Gottesgeschenk, dass der weise und mutige iranische Präsident ... den Kampf gegen den Holocaust-Mythos" aufgenommen habe. Zugegen waren auf der Konferenz neben Schaub auch weitere Personen aus dem Kreis des VRBHV, darunter der VRBHV-Schatzmeister Arnold Höfs.

Anton Maegerle

Seitenblick

Ungeschönte Statistik

Rechtsextreme Delikte sind in Sachsen-Anhwalt wieder angestiegen.

Sachsen-Anhalt gehört nach wie vor zu den Ländern mit der höchsten Rate rechtsextremer Kriminalität und rechter Gewalttaten. Durch eine Umstellung der statistischen Zählweise „geschönte" Zahlen aus dem ersten Halbjahr 2007, die eine positive Entwicklung erhoffen ließen, wurden neu bewertet und eingeordnet

Die Zahl rechtsextremer Straftaten stieg gegenüber dem Vorjahr um 110 auf 1350 Delikte und damit um 8,9 Prozent, was angesichts der weiterhin rückläufigen Bevölkerungszahl noch stärker ins Gewicht fällt. Obwohl Sachsen-Anhalt das erste Bundesland war, das seine „Statistik politisch motivierter Kriminalität" vorstellte, machte Innenminister Holger Hövelmann (SPD) keinen Hehl daraus, dass das Land mit den nun vorliegenden Zahlen zum Rechtsextremismus erneut einen Spitzenplatz im negativen Sinn belegen wird. Schon in den Vorjahren lag Sachsen-Anhalt, gemessen an der Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten pro Kopf der Bevölkerung, regelmäßig an der Spitze aller deutschen Bundesländer.

Deutlich zurück gegangen ist die Aufklärungsquote, insbesondere im Bereich rechtsextremer Gewalttaten. Konnten im Jahr 2006 noch 86,9 Prozent aller neonazistischen Gewalttaten in Sachsen-Anhalt aufgeklärt werden, waren es im Jahr 2007 nur noch 79,9 Prozent. Bei den rechtsextremen Propagandadelikten lag die Aufklärungsquote im vergangenen Jahr sogar nur bei 48,8 Prozent. Eine höhere Aufklärungsquote und damit erhöhten Verfolgungsdruck auf tatsächliche und potenzielle Täter erhofft sich der Minister von der Polizeistrukturreform, die im vergangenen Jahr umgesetzt wurde. Durch die Reform habe die Polizei 180 Staatsschützer mehr, damit sei sicher gestellt, dass in allen Revieren auch Staatsschützer Dienst tun.

Mit den jetzt vorgelegten Zahlen will Hövelmann einen endgültigen Schlussstrich unter die „Statistik-Affäre" ziehen. Im Juli 2007 hatte Hövelmann eine aus seiner Sicht höchst erfreuliche Halbjahresstatistik zur Entwicklung rechtsextremer Straftaten präsentiert. Ohne zu wissen, dass eine untergeordnete Dienststelle des Landeskriminalamtes ohne Kenntnis des Ministeriums und der LKA-Spitze in den Staatsschutzdienststellen der Polizei im Land eine neue Zählweise insbesondere rechtsextremer Straftaten durchgedrückt hatte. Danach sollten die Staatsschützer nur noch solche Straftaten als rechtsextrem einordnen, bei denen die rechtsextremen Hintergründe durch die Ermittlung der Täter und ihrer Motivation eindeutig nachweisbar ist. Obwohl die neue Zählweise nicht illegal ist, musste LKA-Chef Frank Hüttemann seinerzeit seinen Hut nehmen. „Bei uns in Sachsen-Anhalt landet wieder alles, was rechts aussieht, auch in der Statistik rechts", so Hövelmann. „So lange bis das Gegenteil erwiesen ist.

Mit der jetzt von der geschönten Zählweise bereinigten neuen Statistik kommen die Staatsschützer des LKA für das Jahr 2007 auf insgesamt 99 rechtsextreme und neonazistische Gewaltdelikte. Das sei ein Rückgang von 23 Taten gegenüber dem Vorjahr, verkündete der Minister. Unter diesen Gewaltdelikten seien 28 (-17) fremdenfeindlich und 2 (+1) antisemitisch motiviert gewesen. Diese Zahlen lösen bei der Mobilen Opferberatung des Landes nur Verwunderung aus. „Wir haben für das Jahr 2007 bislang 155 Gewalttaten registriert und noch immer melden sich weitere Geschädigte bei uns", sagt Heike Kleffner von der Opferberatung. Hövelmann versucht, die unterschiedlichen Zahlen damit zu erklären, dass die Opferberatung anders als die Staatsschützer auch Sachbeschädigungsdelikte wie etwa Angriffe auf ausländische Imbissbuden als Gewalttat registrierten. „Das kann den gravierenden Unterschied zwischen unseren Zahlen und denen des Innenministeriums aber überhaupt nicht erklären", so Heike Kleffner. „Denn im Gegensatz zu denen des Innenministeriums tauchen in unseren Zahlen Gewaltdelikte wie zum Beispiel Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte überhaupt gar nicht erst auf."

Hövelmann verspricht Abhilfe. Auf seine Initiative sollen Vertreter der Opferberatung künftig einmal im Vierteljahr zur Leitung des Staatsschutzes eingeladen werden, um die Deliktzahl miteinander abzugleichen. Bei solchen Treffen in kürzeren Zeitabständen sei es eher möglich, auch die unterschiedliche Beurteilung einzelner Fälle zu diskutieren.

Eberhard Löblich

Rezension

Der schleichende Wandel

Zunehmende Ressentiments gegenüber gesellschaftlichen „Randgruppen".

Die Kommentierung der Wahlergebnisse durch Medien wie Politik suggeriert, dass in der Bundesrepublik ein „politischer Linksruck" zu registrieren sei. Diese Bewertung lässt freilich außen vor, wie groß die Zahl der unzufriedenen Nichtwähler geworden ist, über deren parteipolitische Präferenzen sich spekulieren lässt. Wissenschaftlich fundierte Aufschlüsse in dieser Frage liefert der kürzlich erschienene Band „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut", den Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges herausgegeben haben.

Das Buch verbindet Aufsätze, die sich mit dem theoretischen Rahmen des Themas „Rechtspopulismus" auseinandersetzen, mit Beiträgen, die aktuelle empirische Studien zur Affinität prekär Beschäftigter oder auch von sozialem Abstieg bedrohter Mittelstandsangehöriger zum Rechtsextremismus zusammenfassen. In seinem Einleitungsbeitrag zeigt der Kölner Politologe Christoph Butterwegge auf, wie nah sich neoliberale und rechtsextreme Ideologie sind. In der Reduzierung des Menschen auf seinen (ökonomischen) Nutzen für die Gesellschaft sowie der Betonung der Standortsicherung zu Lasten von Beschäftigung und sozialer Sicherung würden Berührungspunkte erkennbar. Und: „Weder der Rechtsextremismus noch der Neoliberalismus zeigt auch nur das geringste Verständnis für die Schwachen, sozial Benachteiligten, (Langzeit-)Arbeitslosen, Kranken und Behinderten, (…)."

Diese allgemeine Erkenntnis korrespondiert mit den Ergebnissen verschiedener Studien, die Eingang in den Sammelband gefunden haben. Mit dem ökonomischen Wandel und der damit einhergehenden Popularität der FPÖ in Österreich setzen sich Ulrike Papouschek, Jörg Flecker, Sabine Kirschenhofer und Manfred Krenn in ihrem Beitrag auseinander. Bei Befragungen sowohl von Arbeitern wie prekär Beschäftigten zeigte sich hier schnell, wie weit Ressentiments gegenüber Migranten, Arbeitslosen und anderen Menschen verbreitet sind, die als Bedrohung für den eigenen Status oder aber als sozial „minderwertig" wahrgenommen werden. Der Wunsch nach einer autoritären politischen Ordnung geht wiederum oft einher mit einem allgemeinen Lob der „guten alten Zeiten".

Klaus Dörre zeigt auf, welche unterschiedlichen Ausprägungen des Rechtspopulismus' unter prekär Beschäftigten oder von sozialem Abstieg Bedrohten auszumachen sind: Er differenziert zwischen rebellischem, konservierendem und konformistischem Rechtspopulismus. Alle Varianten eint eine diffuse Wut auf „die da oben", gepaart mit Ressentiments gegenüber „Randgruppen" wie Migranten, Langzeitarbeitslosen und anderen sozial Ausgegrenzten. „Rechtspopulistische Orientierungen stellen letztlich eine Form der imaginären Reintegration in die Gesellschaft dar, die auf Kosten von Anderen, Schwächeren, eben von Outsidergruppen vollzogen wird", schreibt Dörre.

Dass auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht gegen Rechtsextremismus beziehungsweise -populismus immunisiert, haben die Berliner Politologen Michael Fichtner, Richard Stöss und Bodo Zeuner in ihrer viel beachteten Studie zu „Gewerkschaften und Rechtsextremismus" nachgewiesen, die in Kurzform vorgestellt wird. Die Untersuchung erbrachte eine Vielzahl neuer Erkenntnisse, etwa, „dass Existenzangst und die entsprechende Verunsicherung einschließlich staatsautoritärer Konsequenzen nicht auf die sozialen Absteiger und Modernisierungsverlierer beschränkt bleiben". Auch überdurchschnittlich bezahlte Fachkräfte erwiesen sich „keineswegs mehr überdurchschnittlich widerstandsfähig gegen rechtsextremistische Deutungen ihrer Lage und ihrer Perspektiven", schreiben die Wissenschaftler.

Es stellt sich die Frage nach Gegenstrategien. Christoph Butterwegge verweist auf das von Klaus-Peter Hufer entwickelte „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen", das sich vielfach bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus als nützlich erwiesen habe. Generell gelte: „Die demokratische mit der sozialen Frage zu verbinden heißt: Partizipation als Kern der Demokratie bedarf umfassender Emanzipation."

Gudrun Giese

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Barbara Budrich Verlag, Opladen & Farmington Hills 2008, 306 S., 24,90 Euro.

Antisemitismus

Chronik des Hasses

Der „blick nach rechts" dokumentiert antisemitische Vorfälle im zweiten Halbjahr 2007.

Juli:
Ein 22-jähriger Neonazi wird am 1. Juli in Berlin-Neukölln wegen antisemitischer Aufschriften auf seinem T-Shirt in Gewahrsam genommen (Berliner Morgenpost, 2.7.07) Kurz vor Mitternacht des 3. Juli entdeckt die Bundespolizei, dass Unbekannte die Gedenkstätte Gleis 17 am ehemaligen Güterbahnhof Grunewald in Berlin geschändet haben, mehrere Gedenkkerzen wurden umgestoßen und eine kleine israelische Flagge verbrannt. (ddp, 11.7.07) Parolen wie „Nie wieder Israel", „Juden raus aus deutschen Straßen" und Slogans wie „BRD, Judenstaat wir haben dich zum Kotzen satt" werden am 7. Juli bei einem NPD-Aufmarsch in Frankfurt/Main skandiert. (Frankfurter Rundschau, 14.7.07) In Bautzen werden einen Tag nach der Einsetzung am 11. Juli Stolpersteine mit Teer beschmiert. (Sächsische Zeitung, 25.7.07) Bei einer Demonstration der NPD und des „parteifreien Widerstandes" in Krefeld am 21. wird „Nie wieder Israel" skandiert. (bnr.de, 23.7.07) In Burg (Sachsen-Anhalt) werden mehrfach verfassungsfeindliche Symbole und Zeichen) gesprüht, darunter auch antisemitische Sprüche. (Volksstimme, 31.8.07)

August:
Unbekannte beschädigen fünf Stolpersteine im sächsischen Görlitz. (ddp / Freie Presse, 5.8.07) In der Nacht zum 5. August besudeln Unbekannte in Dresden ein Auto und mehrere Garagen mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Schriftzügen. Auf Garagentore sprühen sie Polizeiangaben zufolge „Assi" und „Jude". (dpa / Dresdner Neueste Nachrichten online, 6.8.07) Der hessische NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll wird am 7. August vom Amtsgericht Friedberg wegen Volksverhetzung verurteilt. Wöll hatte während einer Sitzung des Wetterauer Kreistages den Holocaust geleugnet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (bnr.de, 8.8.07) Anfang August werden zehn der rund 250 in Stuttgart verlegten Stolpersteine mit grauer Farbe besprüht. (Stuttgarter Nachrichten, 7.8.07) In der Nacht zum 12. August wird der Jüdische Friedhof im südbadischen Ihringen geschändet, über 70 Grabsteine werden umgeworfen. Rund eine Woche später nimmt die Polizei einen 28-Jährigen und drei Jugendliche im Alter von 15, 17 und 19 Jahren vorläufig fest. Der 28-Jährige, bei dem die Ermittler eine illegale Waffe und Munition sicherstellten, und einer der Jugendlichen gehörten der „Kameradschaft Bahlingen" an. (Badische Zeitung Online, 13.8. u. 17.8.07 / Badische Zeitung, 6.9.07) Polizeiangaben zufolge werden in Freudental (bei Heilbronn) zwischen dem 30. Juli und dem 14. August fünf Grabsteine umgeworfen. (ddp, 2.10.07) Der NPD-Landesverband Niedersachsen wirft in einer Presseerklärung vom 16. August dem Zentralrat der Juden in Deutschland „reinen Rassismus" vor und hetzt: „Dass sich die Landesregierung solchen zionistischen Rassismus zu eigen macht, zeigt schließlich, dass die etablierten Parteien längst nicht mehr deutsche Interessen vertreten." Am 19. August wird im südthüringischen Melkers (bei Meiningen) ein als aktiver Nazigegner bekannter Bauer von fünf Neonazis auf seinem Hof brutal zusammengeschlagen. Die Täter grölen „Heil Hitler" und beschimpfen ihr Opfer als „dreckige stinkende Judensau". (junge Welt, 5.10.07) Am 19. August wird bekannt, dass unbekannte Täter acht Grabsteine des Jüdischen Friedhofs in Heilbronn-Sontheim umgeworfen haben. Auf einem weiteren Grabstein ist ein spiegelverkehrtes Hakenkreuz aufgemalt, weitere werden an einer Holzbank vor dem Eingangsbereich des Friedhofs gefunden (Heilbronner Stimme, 23.8.07)

September:
Polizeiangaben zufolge haben unbekannte Täter am 1. September in Burg (Sachsen-Anhalt) ein Verkehrsschild mit dem antisemitischen Schriftzug „Jude raus" beschmiert. (ddp, 2.9.07) Der 42-jährige Frankfurter Rabbiner Zalman Gurevitch wird am 7. September in Frankfurt/Main von einem 22-Jährigen durch einen Messerstich in den Bauch schwer verletzt. Zuvor soll der Angreifer, der mit zwei Begleiterinnen unterwegs war, „Scheiß-Jude, ich bringe dich um", gerufen haben. (Spiegel Online, 8.9.07 / Süddeutsche Zeitung, 15./16.9.07) Ein 59-jähriger Mann beschimpft am 11. September in Wittenberg, Sachsen-Anhalt, auf dem Hinterhof eines Internats eine Gruppe von Lehrern aus der Ukraine und Jugendlichen mit antisemitischen und ausländerfeindlichen Sprüchen. (Kanal8, 14.9.07) Zehn Stolpersteine werden

nach wenigen Tagen wieder herausgerissen. (Kölner Stadt-Anzeiger, 12.9.07) In der Nacht zum 12. September besudeln Unbekannte in Paderborn die Außenwand einer Synagoge mit rechtsextremen Parolen. (AP, 13.9.07) Auf der Wahlkampfveranstaltung der niedersächsischen NPD am 15. September in Hannover droht der Spitzenkandidat Andreas Molau der Vorsitzenden des Zentralrats der Juden: „Ihre Religionsgemeinschaft, Frau Knobloch, ist hierzulande ohnehin überpriviligiert. Ich versichere Ihnen: Wenn die NPD die Richtlinien der Politik in Deutschland bestimmt, dann können Sie diese Sonderbehandlung vergessen." (NPD-Presseerklärung am 16.9.07) Vermutlich in der Nacht zum 19. wird das Ernst-Abbe-Fußballstadion in Jena mit antisemitischen Parolen wie „Juden Jena" beschmiert. Im Stadionbereich werden mehr als 100 Aufkleber der Ultra-Gruppe aus Halle angebracht. (Ostthüringer Zeitung, 20.9.07) Wegen antisemitischer Hetze wird am 25. September ein 50-jähriger Ägypter vom Amtsgericht München zu einer Bewährungsstrafe und gemeinnütziger Arbeit verurteilt. (dpa, 26.9.07) Der bereits wegen Volksverhetzung vorbestrafte 69-jährige Klaus K. wird am 27. September vom Landgericht Berlin in zweiter Instanz erneut wegen Volksverhetzung verurteilt. Der Rentner veröffentlichte wiederholt auf seiner Webseite Texte, in denen der Holocaust geleugnet wird. (indymedia, 28.9.07) In einer von der sächsischen NPD-Landtagsfraktion beantragten Debatte sagt der 67-jährige Rechtsextremist Klaus-Jürgen Menzel am 28. September: „Die Pest des vorigen und diesen Jahrhunderts ist und bleibt der Zionismus." (dpa / Leipziger Volkszeitung online, 28.9.07) In einem Jugendclub in Berlin-Marzahn randalieren am 29. September etwa zehn Jugendliche. Vor der Tür skandieren sie antisemitische Parolen und zeigten den Hitlergruß. (Welt online, 30.9.07) Unbekannte beschmieren in der Nacht zum 30. September Gebäude, Verkehrsschilder und Verteilerkästen in Parchau mit rechtsextremen und antisemitischen Symbolen und Parolen. (ddp, 30.9.07)

Oktober:

Am 2. Oktober informiert die Polizeidirektion Ludwigsburg über die erneute Schändung des Jüdischen Friedhofs in Freudental; unter anderem wurden mehr als 50 Grabsteine umgestoßen, teilweise mit Schmähworten, Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert und die Umfriedungsmauer auf einer Länge von etwa drei Metern zum Einsturz gebracht. (ddp, 2.10.07 / Südwest Presse online, 3.10.07) Nach dem Besuch der Veranstaltung Veranstaltung „Sukkot, das Laubhüttenfest und Erntedankfest" am 5. Oktober verkündet die NPD Schöneiche: „An diesem Beispiel sehen Sie, wo falsch verstandene Toleranz hinführt. Toleranz heißt Duldsamkeit. Heute erdulden wir das Laubhüttenfest und morgen gibt es gar keine deutschen Feste mehr." (http://npd-barnim.de /eingesehen am 22. Oktober 2007) Der 33-jährige Rechtsextremist Christian Bärthel wird am 10. Oktober vom Landgericht Gera wegen Volksverhetzung und anderer Straftatbestände verurteilt. Bärthel soll in einer E-Mail an die Bundestagsabgeordneten behauptet haben, dass „uns die Juden ... am 24. März 1933 den Krieg" erklärt hätten. Ferner habe Bärthel in einer Versammlung laut Staatsanwaltschaft „die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht". (Radio Wahrheit, 28.10.07) Am Abend des 10. Oktober fordert ein 31-Jähriger zwei 23 und 31 Jahre alte Männer auf offener Straße in Berlin-Zehlendorf auf, das Grölen eines volksverhetzenden, antiisraelischen Titels einer verbotenen Neonaziband zu unterlassen. Daraufhin wird er beschimpft und attackiert. (Tagesspiegel online, 11.10.07) Am 18. Oktober löst eine herrenlose Sporttasche in der Nähe der Jüdischen Kindertagesstätte in Berlin-Charlottenburg einen Großeinsatz der Polizei aus. Ein Spezialroboter schießt die Tasche auf. Darin befinden sich Laub und Silberfolie. Die Polizei geht davon aus, dass die Tasche als gezielte Provokation abgelegt wurde. Ende Februar hatten bereits Unbekannte eine Rauchbombe in das Gebäude geschleudert und es mit Hakenkreuzen beschmiert. (Berliner Morgenpost, 19.10.07) Vermutlich in der Nacht zum 24. Oktober beschmieren Unbekannte ein Ehrenmal für jüdische Zwangsarbeiter in Stolberg mit Hakenkreuzen. (ddp / Aachener Zeitung, 24.10.07) In Velsdorf (Bördekreis) wird am 27. ein 44-jähriger Spätaussiedler von drei Männern angegriffen und mit antisemitischen Sprüchen beleidigt. (Mitteldeutsche Zeitung, 29.10.07) Am 27. Oktober wird der jüdische Küster der evangelischen Gemeinde in Gießen-Kleinlinden von einem Mann mit den Worten „Judenschwein, raus aus Deutschland" beschimpft und geschlagen. (Gießener Anzeiger, 2.11.07)

November:

Am 1. November werden an einer Schule in Havelberg (Kreis Stendal) antisemitische Sprüche und Hakenkreuze entdeckt. (dpa / Mitteldeutsche Zeitung, 2.11.07) Das Amtsgericht Recklinghausen verurteilt am 2. November einen 36-Jährigen aus Oer-Erkenschwick zu einer Bewährungsstrafe und gemeinnütziger Arbeit. Der Neonazi hatte dem Zentralrat der Juden eine antisemitische Hetzmail geschickt. (Stimberg Zeitung, 3.11.07) Anfang November werden in Lohr Plakatwände mit Schriftzügen wie „Deutschland erwache“ und „werde aktiv“ beschmiert. (Mainpost, 7.11.07) Am 8. November wird die Schändung des Jüdischen Friedhofs in Ribnitz-Damgarten (Kreis Nordvorpommern) entdeckt. Auf Grabsteine und eine Friedhofsmauer sind Hakenkreuze geschmiert. (ddp, 10.11.07) Zwei 26- und 27-jährige Männer rufen am Abend des 10. November rechtsextreme Parolen am Jüdischen Friedhof in Worms, dort befindet sich zu diesem Zeitpunkt eine Besuchergruppe. (Wormser Zeitung,12.11.07) Das Amtsgericht Wetzlar verurteilt am 14. November den 75-jährigen NPD-Kreistagsabgeordneten Alfred Zutt (Ehringshausen) wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 1500 Euro. In einem Brief an den hessischen Ministerpräsidenten Koch behauptete Zutt u.a., das Judentum habe Deutschland zuerst den Krieg erklärt. (Frankfurter Rundschau, 15.11.07) Im Frankfurter Stadtteil Eschersheim werden Mitte November an einem Wohnhaus Hakenkreuze und der Schriftzug „Jude“ geschmiert. (Frankfurter Rundschau, 21. u. 29.11.07) Am 20. November teilt die Polizei mit, dass am Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden in Europa eine antisemitische Schmiererei entdeckt wurde. (AP, 20.11.07) Im Flur eines Mietshauses im Berliner Bezirk Wedding, dessen Eigentümer jüdischen Glaubens ist, werden sechs Hakenkreuze geschmiert. Am U-Bahnhof Paracelsusbad in Berlin wird der Schriftzug „Schändet die Juden“ angebracht. Judenfeindliche Schriftzüge und durchgestrichene Davidsterne werden an verschiedenen Stellen des U-Bahnhofs Kottbusser Tor gefunden. (Berliner Zeitung, 1.12.07) Die Polizeidirektion Friedrichshafen gibt am 26. November bekannt, dass der KZ-Friedhof Birnau bei Überlingen am Bodensee 2007 mehrfach geschändet wurde, eine Tafel mit den Namen der Opfer sei sieben Mal mit Farbschmierereien unkenntlich gemacht worden. Auf dem Friedhof ruhen Zwangsarbeiter, die in der Außenstelle Überlingen des KZ Dachau ermordet wurden. (Stuttgarter Nachrichten online, 26.11.07) Ein 80-jähriger Rentner wird Ende November vom Kölner Amtsgericht zu einer Geldstrafe wegen Nötigung und Beleidigung verurteilt. Der Mann bedrohte in Opladen drei spielende Kinder mit der Waffe, schoss in die Luft und beschimpfte die Kinder als „Juden“ und „Kanacken“. Bei einer Hausdurchsuchung findet die Polizei rechtsextremes Propagandamaterial. (Rheinische Post, 1.12.07)

Dezember:

Unbekannte beschädigen am 2. Dezember das Gebäude der Jüdischen Gemeinde in Magdeburg. (Jüdische Allgemeine 49/07) Am 6. Dezember entdeckt die Polizei, dass Unbekannte auf dem Jüdischen Friedhof in Weiden Gedenksteine für ermordete Juden gegen Steine mit Namen von Altnazis und Holocaust-Leugnern wie Himmler, Heß, Eichmann sowie Mahler und Irving ausgetauscht haben. (Pressemitteilung der Polizei Weiden, 12.12.07 / Oberpfalznetz/Der Neue Tag, 15.12.07) Drei unbekannte Täter werfen am 9. Dezember mindestens sechs Grabsteine auf dem Jüdischen Friedhof in Werther/NRW an der Bergstraße um. (Pressemitteilung der Polizei Gütersloh, 11.1.08) Ein 40-Jähriger wird vom Amtsgericht Esslingen zu einer Geldstrafe von 1800 Euro verurteilt. Der Mann hatte, so die „Filder-Zeitung“ vom 11. Dezember, in einer Bar Polizisten mit dem Hitlergruß und den Worten „Ich hasse alle Juden“ empfangen. Ein 20-Jähriger und ein 21-Jähriger werden am 12. Dezember wegen rechtsextremer Pöbeleien in Berlin-Spandau vorübergehend festgenommen. Die Täter haben zwei Männer im Alter von 36 und 55 Jahren in einem Bus antisemitisch und fremdenfeindlich beleidigt sowie rechtsextreme Parolen gerufen. (dpa / Hamburger Abendblatt, 13.12.07) Passanten entdecken am 17. Dezember Hakenkreuz-Schmierereien auf Gedenktafeln der früheren Berliner Synagoge Grunewald. Außerdem war das Porträt des früheren Rabbiners Emil Bernhard Cohn (1881-1948) mit Farbe übermalt. (dpa / Hamburger Abendblatt, 18.12.07) Ein Unbekannter pöbelt am 23. in Berlin-Lichtenberg einen 36-Jährigen mit antisemitischen Parolen an und schlägt auf ihn ein. Das Opfer erleidet Kopfverletzungen. (Pressemitteilung der Polizei Berlin , 24.12.07) In der Nacht zum 23. brüllt ein Mann in Münster antisemitische Parolen. (ddp, 27.12.07)

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Meldungen

„Internationale der Nationalen“

Jena – Der NPD-Kreisverband Jena hat bei der Stadt Jena sein so genanntes „Fest der Völker“ angemeldet. Das „3. Fest der Völker“ soll am 6. September auf der Rasenmühleninsel stattfinden. Beim letztjährigen „Fest der Völker“ fanden sich rund 1400 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland ein. Der Titel „Fest der Völker“ ist dem gleichnamigen Film der Hitler-Verehrerin Leni Riefenstahl über die Olympischen Sommerspiele von 1936 entliehen. Das „Fest der Völker“, eine Melange von Open Air mit einschlägigen Bands und Polittalk von neonazistischen Szenegrößen, zählt zu den wichtigsten Treffs der „Internationale der Nationalen“. (am)

Neuer „Pro NRW“-Verband

Gelsenkirchen – Die rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro NRW“ hat einen Bezirksverband Ruhrgebiet gegründet. Vorsitzender wurde Roger Schwedes (49), der als „ehemaliger Polizeikommissar“ und „jetzt alleinverantwortlicher Sicherheitsbeauftragter für ein mittelständisches Unternehmen“ vorgestellt wird. Schwedes war 2001 einer der Mitunterzeichner des „Appells für die Pressefreiheit“, mit dem das rechte Wochenblatt „Junge Freiheit“ unterstützt wurde. Stellvertretende Bezirksvorsitzende wurden Stefanie Wohlfarth (22) aus Gelsenkirchen und Jupp Scholand, Ex-Republikaner und Bezirksvertreter in Bottrop. Andre Picker, Haus- und Hofanwalt von Neonazis aus dem Ruhrgebiet und darüber hinaus, fungiert als Schatzmeister, Erich Christ aus Duisburg als Schriftführer. Außerdem gehören als Beisitzer der Essener Apotheker Henryk Dykier, Frank Bresonik (Gladbeck), der ehemals für die Tierschutzpartei kandidierte und dann für die Republikaner auftrat, der Gelsenkirchener Ex-Republikaner und Stadtverordnete Kevin Gareth Hauer und Bernd Weyrich (Essen) dem Vorstand an. Gegründet wurde der „pro NRW“-Bezirksverband am 17. Februar im Schloss Horst, das sich im Besitz der Stadt Gelsenkirchen befindet. „Pro NRW“ teilte mit, man wolle bei den NRW-Kommunalwahlen 2009 im Ruhrgebiet „auf jeden Fall in Gelsenkirchen, Bottrop und Duisburg antreten“. Weitere Wahlteilnahmen seien nicht ausgeschlossen. Offiziell gegründet wurde in Gelsenkirchen auch ein „Arbeitskreis, Frauen pro NRW’“, den die Altenpflegerin Stefanie Uhlenbrock (26) leitet. (ts)

NPD-Wahlkampfauftakt in Bayern

Günzburg – Am 8. März will der NPD-Bezirksverband Schwaben im „Forum am Hofgarten“ in Günzburg seinen Wahlkampfauftakt zur bayerischen Landtagswahl im September starten. Als Redner sind Sascha Roßmüller, NPD-Bundesvize, Ralf Ollert, bayerischer NPD-Landesvorsitzender und Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp in Nürnberg, Frank Schwerdt, NPD-Bundesvorständler, Walter Baur, NPD-Spitzenkandidat im Bezirk Schwaben und Björn Clemens, vormals stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner, angekündigt. Mit einem Verkaufsstand ist der Schwarze-Sonne-Versand von Alexander Feyen vor Ort. Die musikalische Umrahmung gestaltet der braune Barde Frank Rennicke. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de